



Köln, den 19.11.2007

Offener Brief an den Dezernenten für Liegenschaften der Stadt Köln

Sehr geehrter Herr Dr. Walter-Borjans,

die Stadt Köln hat für den Abbruch des Barmer Viertels schätzungsweise 75 Millionen Euro aufgewendet. Der Erbbauverein bekam allein 42 Millionen für Neubauten, so viel Geld, dass er für die 391 abgebrochenen Wohnungen 511 neue bauen konnte.

Für die Selbständigen im Viertel, wir denken hier insbesondere an den Arzt Dr. Bihari und an das Witsehepaar Rosemarie und Günter Rüdiger von der Gaststätte »Zur Post« hingegen gab es keinen Pfennig.

Wir haben als Bürger wegen dieser himmelschreienden Ungerechtigkeit den Fall Rüdiger vor den Beschwerdeausschuss des Rates gebracht, und der Ausschuss war der Meinung, den Eheleuten sei Unrecht geschehen. Im Ausschuss wurde in öffentlicher Sitzung beschlossen, Frau Rüdiger solle

1. bei der Suche nach einer neuen Wohnung Unterstützung erhalten und die Umzugskosten erstattet bekommen
2. Entschädigung für die Zerstörung der von ihr und ihrem Manne selbst geschaffenen Kneipeneinrichtung erhalten
3. Unterstützung bei der Gründung einer neuen wirtschaftlichen Existenz erhalten.

Als der Beschluss uns als den Beschwerdeführern zugestellt wurde, waren darin allerdings nur die Hilfe bei der Suche einer Wohnung und die Unterstützung bei der Gründung einer neuen wirtschaftlichen Existenz erwähnt. Die Entschädigung für das zerstörte Lokal fehlt genauso wie die Umzugskosten.

Schon während der Sitzung des Beschwerdeausschusses war die Ihnen unterstellte Liegenschaftsamt ausgesprochen unwillig, und suchte jegliche konkrete Festlegung zu hintertreiben.

Vor zwei Wochen haben wir Ihnen einen persönlichen Brief geschrieben und Sie um Hilfe gebeten. Darin war auch eine Kopie des Filmes von Martin Schulz über die Zerstörung der Barmer Viertels enthalten. Diesen Brief haben Sie bis heute nicht beantwortet. Zum Schicksal des Dr. Bihari, der eine neue Praxis eröffnen und sich dafür hoch verschulden

musste, hat die Stadt sich überhaupt nicht geäußert. Nach dem Beschwerdeausschuss ist das Liegenschaftsamt sowohl einem erbetenen Treffen mit uns als Beschwerdeführern, als auch einem Treffen mit Frau Rüdiger ausgewichen, obwohl die Sache für Frau Rüdiger drängt.

Dabei hat Ihr Vertreter im Beschwerdeausschuss, Herr Nobis, auf Befragen erklärt, dass Ihre Behörde bei der Entschädigung von vertriebenen Mietern sich an den Maßgaben orientiert, die das Bundesbaugesetz bei der Stadtsanierung vorsieht. **Darin ist die Entschädigung von Anwohnern und ortsansässigen Gewerbetreibenden ausdrücklich vorgesehen.** Auch an diese Zusage halten Sie sich offensichtlich nicht.

Frau Rosi Rüdiger muss die Gaststätte nun aufgeben, weil sie durch den dauernden Druck, der durch die Stadt ausgeübt worden ist, krank geworden ist. Ihr Mann, der krebsleidend war, ist kurz vor dem Ende des Pachtvertrages im August gestorben

Sie, Herr Dr. Norbert Walter-Borjans, fordern in der Öffentlichkeit immer wieder, dass die Stadt wirtschaftsfreundlicher werden soll und mehr Gewerbetreibende anlocken muss, um Arbeit und Einkommen in Köln zu schaffen.

Sie und Ihre Beigeordnetenkollegen haben es bis heute nicht geschafft, einen Investor zu finden, der auf der teuersten Brachfläche der Republik bauen will. Optimistische Angaben sprechen von mindestens zwei bis drei Jahren. **Warum also die Eile beim Abbruch der Gaststätte »Zur Post«?**

Soll sie verschwinden, damit die Menschen, die täglich an der Messe entlangfahren, nicht mehr daran erinnert werden, dass Rat und Verwaltung hier mindestens 50 Millionen Euro versenkt haben?

Mit freundlichem Gruß

Rainer Kippe, Martin Massip

- **Wir protestieren gegen die Verschwendung von Steuermitteln.**
- **Wir fordern die Erhaltung der Gaststätte »Zur Post« wenigstens bis es eine konkrete Baumaßnahme gibt.**
- **Wir fordern vor allem die volle Entschädigung für Frau Rüdiger.**